

Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Bitte reichen Sie Ihre Bewerbungsunterlagen folgendermaßen strukturiert ein:

1. **Angaben zur Wettbewerbsteilnahme**
2. **Teilnahmeantrag / Datenschutzerklärung**
3. **Anlage 1** Nachweis Eintragung Architektenkammer
4. **Anlage 2** Erklärung Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekt*in
5. **Erklärung Landschaftsarchitekt*in**
6. **Anlage 3** Erklärungen zu zwingenden Ausschlusskriterien
7. **Anlage 4** Erklärung zu Ausschlusskriterien
8. **Anlage 5** Erklärung zur Berufshaftpflichtversicherung
9. **Anlage 6** Formblatt Referenzprojekt
10. **Anlage 7** Abbildungen zum Referenzprojekt

Bewerbungsbogen



Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

ANGABEN ZUR WETTBEWERBSTEILNAHME

Angaben zur Identität	
Name des Büros/Unternehmens	
Büroinhaber*in	
Postanschrift	
Ansprechpartner*in	
E-Mail	
Telefon	

Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Teilnahmeantrag zum Wettbewerbsverfahren sowie Einwilligungserklärung zum Datenschutz

Bitte dieses Formular handschriftlich unterschreiben und eingescannt, zusammen mit den restlichen Dokumenten, einschicken.

Wir bewerben uns hiermit um die Teilnahme am oben genannten Wettbewerbsverfahren und bestätigen hiermit die Richtigkeit aller in den Anlagen gemachten Angaben. Alle Angaben erfolgen freiwillig.

Wir erklären, dass wir nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht zur Führung der Berufsbezeichnung Architekt*in berechtigt sind.

Die Unterzeichnenden sind sich bewusst und erklären sich damit einverstanden, dass die Ausloberin sowie das beauftragte Büro HJPplaner, die im Bewerbungsbogen angegebenen Daten sowie die Daten in den Unterlagen, mit denen die im Bewerbungsbogen enthaltenen Informationen belegt werden, zum Zwecke dieses Vergabeverfahrens entsprechend der gesetzlichen Vorgaben verarbeitet. Dies schließt ausdrücklich die Weitergabe dieser Daten an beauftragte und zur Verschwiegenheit verpflichtete Dritte zum Zweck der Durchführung des Wettbewerbsverfahren (z.B. zur Auswertung der Teilnahmeanträge) ein. Sofern der ausgefüllte Bewerbungsbogen und/oder die Unterlagen personenbezogene Daten von Beschäftigten oder Dritten enthalten, ist sichergestellt und auf Anfrage nachzuweisen, dass eine Übermittlung im Rahmen des Teilnahmeantrags zulässig ist. Die Hinweise zum Datenschutz haben wir zur Kenntnis genommen und, sofern erforderlich, den im Teilnahmeantrag genannten Personen zur Kenntnis gegeben.

_____, den
(Ort, Datum)

Stempel und Unterschrift

*Ist in dem jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfzeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG und Richtlinie 89/48/EWG gewährleistet ist.

Bewerbungsbogen



Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Anlage 1

Kopie der Eintragungsurkunde der Architektenkammer (oder vergleichbarer Nachweis)

Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Anlage 2

Erklärung zur Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekt*in – bezogen auf den ausgeschriebenen Wettbewerb –

Hiermit erklären wir, dass wir

- a) auf den Auftrag bezogen nicht in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeiten werden. Die **Landschaftsplanung** wird mit eigenem Personal erarbeitet.
(Entsprechenden Nachweis bitte ergänzend als weitere Referenz beilegen.)
- b) mit folgenden Unternehmen bezogen auf die **Landschaftsplanung zum Wettbewerb** zusammenarbeiten werden:

Büro-/Unternehmensname:

**Bitte ergänzend die Erklärung Landschaftsarchitekt*in (nächstes Blatt)
ausfüllen.**

Bewerbungsbogen



Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Erklärung Landschaftsarchitekt*in

Bitte dieses Formular handschriftlich unterschreiben und eingescannt, zusammen mit den restlichen Dokumenten, einschicken.

Name des*der Bewerbers*in:

Name (Büro / Unternehmen) Rechtsform	
Straße	
PLZ Ort	
Land	
Leistungsbilder, die im Auftragsfall erbracht werden sollen	

Hiermit erklären wir, dass wir für die o.g. Leistungen zur Verfügung stehen und dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzlichen Vertreter *innen keine vergaberechtlichen Ausschlusskriterien (insbesondere keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 oder fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) bestehen.

Die Qualifikationen der eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechen den ausgeschriebenen Leistungen.

, den
(Ort, Datum)

Stempel und Unterschrift

Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Anlage 3

Erklärung zu zwingenden Ausschlusskriterien

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass für unsere Gesellschaft und ihre gesetzlichen Vertreter keine der folgenden zwingenden Ausschlusskriterien bestehen*:

- 1. eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:**
 - §129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland)
 - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,.
 - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),.
 - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete);
 - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- 2. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde**

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat mit einer Geldbuße belegt worden bin/sind. Der Auftraggeber ist berechtigt, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern, sofern auf unser Angebot der Zuschlag erteilt werden soll.

Hinweis: Das Vorliegen einer rechtskräftigen Verurteilung wegen eines o.g. Deliktes führt zum Ausschluss des Bewerbers, wenn nicht ein Ausnahmefall gegeben ist. Dabei ist es unerheblich, zu welchem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens der Auftraggeber von der Unzuverlässigkeit des Bewerbers erfährt.

***Sofern Ausschlussgründe bestehen, streichen Sie bitte den entsprechenden Punkt in der Erklärung deutlich sichtbar, stellen Sie die Ausschlussgründe auf einem separaten Blatt dar und beschreiben Sie die getroffenen Maßnahmen, z.B. zur Selbstreinigung. Wir bitten Sie, aus Gründen des Datenschutzes, auf eine Namensangabe zu verzichten und stattdessen die Position im Unternehmen zu benennen.**

Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Anlage 4

Erklärung zu Ausschlusskriterien

Hiermit erkläre/n ich/wir, dass keine der folgenden Ausschlusskriterien bestehen*:

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
9. das Unternehmen
 - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

§ 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.

Die Unrichtigkeit vorstehender Erklärung kann zum Ausschluss vom Vergabeverfahren sowie zur fristlosen Kündigung eines etwa erteilten Auftrages wegen Verletzung einer vertraglichen Nebenpflicht aus wichtigem Grunde führen und eine Meldung des Ausschlusses und der Ausschlussdauer an die Informationsstelle/das Vergaberegister nach sich ziehen.

***Sofern Ausschlussgründe bestehen, streichen Sie bitte den entsprechenden Punkt in der Erklärung deutlich sichtbar, stellen Sie die Ausschlussgründe auf einem separaten Blatt dar und beschreiben Sie die getroffenen Maßnahmen, z.B. zur Selbstreinigung. Wir bitten Sie, aus Gründen des Datenschutzes, auf eine Namentangabe zu verzichten und stattdessen die Position im Unternehmen zu benennen.**

Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Anlage 5

Kopie der Bescheinigung einer Berufshaftpflichtversicherung

Alternativ: Erklärung zur Haftpflichtversicherung

Wir verpflichten uns - spätestens im Auftragsfall - zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus diesem Auftrag eine

Berufshaftpflichtversicherung

unverzüglich nach Vertragsabschluss mit folgenden Bedingungen abzuschließen:

Die Versicherung ist während der gesamten Vertragszeit zu unterhalten und nachzuweisen.

Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen je Schadensfall min. betragen:

- | | |
|------------------------------------|----------------|
| a) für Personenschäden: | 3.000.000,00 € |
| b) für Sach- und Vermögensschäden: | 1.500.000,00 € |

Der Nachweis ist durch Vorlage der Erklärung zur Deckungszusage der Versicherung zu erbringen.

Bewerbungsbogen



Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“

Anlage 6

Formblatt für Referenzprojekt

*Auszug aus der Auslobung: Zum Bewerbungsverfahren zugelassen werden Bewerber*innen, die den Nachweis erbringen, dass sie hochbauliche Projekte, die inhaltlich und vom Umfang her mit der Aufgabenstellung vergleichbar sind, erarbeitet haben. Es ist dazu ein Referenzprojekt aus den vergangenen fünf Jahren ab Veröffentlichung der Wettbewerbsbekanntmachung im europäischen Amtsblatt vorzulegen.*

Projektbezeichnung, Ort	
Auftraggeber*in (Name, Funktion, Telefon, E-Mail)	<input type="checkbox"/> öffentliche*r Auftraggeber*in <input type="checkbox"/> private*r Auftraggeber*in <input type="checkbox"/> Sonstige
Auftragnehmer*in (bei Bewerbergemeinschaften das*die Unternehmen, das*die die Leistung erbracht hat*haben)	
Kurzbeschreibung des Projektes:	
Erbrachte Leistung (Leistungsanteil des*r Bewerber*in)	<input type="checkbox"/> Hochbauliche Planung <input type="checkbox"/> Sonstiges Bearbeitete Leistungsphasen Bearbeitete Projektstufen (Projektsteuerung)
Leistungszeitraum	Leistungsbeginn: (MM/JJ) Leistungsende: (MM/JJ)
Projektgröße BGF in m ² (tatsächlich geplante Fläche)	
Baukosten nach DIN 276, i.d. Fassung v. Dezember 2008	KG 300: in € brutto KG 400: in € brutto

Bewerbungsbogen

Hochbaulich-freiraumplanerischer Wettbewerb „Umgestaltung und Anbau Rathaus Grefrath“



Anlage 7

Abbildungen zum Referenzprojekt (max. zwei DIN A4 Seiten)